

Zukunftsaufgabe Integration: Deutschlands Chancen gemeinsam nutzen

Leitantrag zum Schleswig-Holstein-Tag 2010

Einleitung

Durch die Fußball-Weltmeisterschaft 2010 wurde Deutschland einmal mehr in ein neues Licht gerückt: Eine junge, dynamische Mannschaft mit vielen Spielern mit Migrationshintergrund wurde in der internationalen Berichterstattung als Zeugnis eines weltoffenen und modernen Deutschlands aufgenommen, die Integrationsleistung des Sports als beispielhaft gefeiert. Dennoch hat die deutsche Integrationspolitik noch einen langen Weg vor sich, denn nicht in allen Bereichen funktioniert die Integration so gut wie beim Fußball.

In den Themenkomplexen Religion und Bildung stellen sich diverse integrationspolitische Fragen. Gerade im Hinblick auf den demographischen Wandel, der zunehmenden Alterung der Bevölkerung und dem damit verbundenen aufkommenden Fachkräftemangel, müssen die Potentiale der in Deutschland lebenden Menschen besser genutzt werden. 19 % der Gesamtbevölkerung haben einen Migrationshintergrund. Nur wenn Deutschland die Integrationsproblematik erfolgreich löst, können gesellschaftliche und wirtschaftliche Diskrepanzen in Zukunft vermieden werden. Die demografische Entwicklung und der Mangel an qualifizierten Fachkräften machen die erfolgreiche Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte mehr denn je notwendig und gleichzeitig muss die Einwanderungspolitik auf die veränderten Rahmenbedingungen ausgerichtet werden. Zudem muss dem Problem einer in den vergangenen Jahren zugenommenen Jugendkriminalität begegnet werden, die durchaus im Zusammenhang der Integrationspolitik zu sehen ist.

Der Integrationsprozess lässt sich dabei in vier Stufen untergliedern, beginnend bei einer strukturellen Integration, bei der Migranten und ihre Kinder als Mitglieder der deutschen Gesellschaft erkannt werden, Zugang zu gesellschaftlichen Positionen erhalten und über die kulturelle und soziale Integration gleichberechtigte Chancen in der Gesellschaft

erreichen. Ziel ist die sich identifizierende Integration als letzte Stufe, bei der die Migranten ein neues persönliches Zugehörigkeitsgefühl zur Aufnahmegesellschaft entwickeln.

Die Möglichkeit der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben der Aufnahmegesellschaft setzt den Erwerb von bestimmten Kenntnissen, Fähigkeiten, Einstellungen und v.a. den Willen, eine weitgehende Neu-Sozialisation einzugehen, voraus. Zentral ist hier das Erlernen der neuen Sprache und eine gewisse Kommunikationsfähigkeit und -bereitschaft gegenüber der Aufnahmegesellschaft. Problematisch ist die Tendenz, sich Verkehrskreise ausschließlich innerhalb der eigenen Volksgruppe aufzubauen, was das Entstehen von Parallelgesellschaften zur Folge hat, diesen muss entschlossen entgegengewirkt werden.

Islam

In diesem Punkt wird ausschließlich auf die Religionsgruppe eingegangen, die bei weitem die schlechtesten Integrationswerte unter allen Zuwanderungsgruppen in Deutschland aufweist: Die Muslime. Muslime werden in diesem Zusammenhang nicht nur als Religionsgemeinschaft verstanden sondern als kulturelle Identität, die sich deutlich von unserer abendländischen christlichen Kultur abhebt. In Deutschland leben zwischen 3,8 und 4,3 Mio. Muslime. Insgesamt weisen Muslime in den meisten Bereichen niedrigere Integrationswerte auf als Nicht-Muslime. Probleme gibt es insbesondere bei der sprachlichen und strukturellen Integration, weniger bei der sozialen Integration. Beispielsweise engagieren sich 50% der Muslime in Vereinen und Verbänden und nehmen so am sozialen Leben in Deutschland teil. Insbesondere die Werte der zweiten Generation der zugewanderten Muslimen sind hier deutlich besser geworden. So bezeichnen sich 36 % der Muslime selbst als stark gläubig, weitere 50% als eher gläubig. Allerdings sind lediglich 20% der Muslime Mitglied in islamischen Vereinen oder Gemeinden.

Die deutschen Muslime werden durch vielfältige Organisationen vertreten. Als Ergebnis der deutschen Islamkonferenz (DIK) wurde daher der Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland (KRM) als Dachverband gegründet. Der KRM sollte der öffentlichen Hand als einziger Ansprech- und Verhandlungspartner dienen. Als Alleinvertretungsorganisation ist der KRM aber innerhalb der muslimischen Gemeinschaft sehr umstritten, was zum einen in den sehr verschiedenen islamischen Glaubensrichtungen begründet liegt, zum anderen in einer fehlenden Bekanntheit und Verbundenheit der Muslime zu ihren Organisationen. So

ist nach einer repräsentativen Umfrage aus dem Jahr 2008 über 90% der Muslime in Deutschland der Koordinationsrat als Dachverband weithin unbekannt.

Ein häufig diskutiertes Problem stellt die Selbstausgrenzung der Muslime im sozialen Leben dar, wie etwa das Fernbleiben von muslimischen Kindern bei Klassenfahrten, gemischtem Sportunterricht oder dem Schwimmunterricht. Hier ist allerdings auf die tatsächlichen Umstände acht zu geben und nicht spektakuläre Einzelfälle aus den Medien oder in der Rechtsprechung alleinig Glauben zu schenken. Nur ca. 10% der muslimischen Kinder nehmen nicht teil an Schwimmunterricht, gemischtem Sportunterricht und Klassenfahrten. Bei der Selbstausgrenzung der Muslime handelt es sich also um kein Massenphänomen, dennoch muss ihr begegnet werden. Ein anderer interessanter Punkt ist die Tatsache, dass 76% der Muslime gerne einen muslimischen Religionsunterricht hätten.

In der deutschen Gesellschaft bestehen nach wie vor große Bedenken gegenüber dem Islam, daher muss mit allen Mitteln versucht werden, den Islam besser zu integrieren, daher muss mit allen Mitteln versucht werden, Vorurteile und Berührungängste abzubauen. Die deutsche Gesellschaft als Aufnahmegesellschaft muss verstehen, was den Islam umtreibt, was in muslimischen Gemeinden und Vereinen passiert. Es dürfen dabei von muslimischer Seite keine Sprachbarrieren manifestiert werden, die den Austausch und das gegenseitige Verstehen behindern. Zudem muss der Staat Aufsichtsmöglichkeiten und präventive Genehmigungsmaßnahmen über eben diese Gemeinden und Vereine haben und diese auch nutzen können. Daher ist es auch hier wichtig, dass es keinen deutschfreien Sprachraum im muslimischen Leben gibt. Hier gilt es eine Politik mit Augenmaß zu gestalten.

Wichtig ist, dass in der deutschen Gesellschaft eine grundsätzliche Bereitschaft zur Aufnahme gegenüber den muslimischen Mitbürgern sowie zu Angeboten an die hier lebenden Muslime besteht. Im Gegenzug muss aber auch klar sein, dass dies nur gilt, sofern jeder Muslim, als auch der KRM als anerkannter Dachverband, eine Integrationsakzeptanz in der deutschen Bevölkerung schafft und insbesondere die Sprachbarrieren zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen abbaut. Dies entspricht auch unserem gesellschaftlichen Grundsatz vom Fordern und Fördern.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein schlägt daher vor:

- Wünschenswert wäre ein von allen Muslimen anerkannter Dachverband, der als Schnittstelle dient und die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung verbessert.
- Der öffentliche Muezzin ist abzulehnen.
- Auch die muslimischen Predigten in Moscheen sollten in deutscher Sprache gehalten werden. Dadurch könnten Sprachbarrieren weiter abgebaut werden. Es darf keinen Rückzug in einen deutschfreien Sprachraum geben.
- Imame sollten nur mit einer deutschen Ausbildung zugelassen werden (muslimisches Theologiestudium).
- Bereits tätige ausländische Imame müssten dann einen Test/Ausbildung in Deutschland nachholen. In dieser Ausbildung ist den Imamen insbesondere ihre Verantwortung, die Notwendigkeit der Integration und die Bedeutung der freiheitlich demokratischen Grundordnung in Deutschland nahe zu bringen.
- Der Moscheebau ist aufgrund der in Deutschland verankerten Religionsfreiheit zu gewährleisten. Gerade die Möglichkeit Moscheen in den Städten zu errichten und nicht in die Randbereiche gedrängt zu werden, sollte dabei ein Angebot an die Muslime darstellen. Die Bauten müssen sich aber ins Stadtbild einfügen und dürfen die betroffenen Nicht-Muslime nicht verschrecken. Hier kommt es auf gute Kompromisse vor Ort an.

Bildung

Durch die Schule hat der Staat die beste Möglichkeit aktiv in die Integration von Migranten einzugreifen und diese zu verbessern. Wissenschaftliche Studien zeigen jedoch, dass das deutsche Bildungssystem vor allem Kinder aus sozial schwachen Familien und somit vor allem Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund benachteiligt und von Anfang an die Chancengleichheit nimmt.

Uns allen ist seit langem bewusst, dass die Qualität an unseren Schulen verbessert werden muss. Davon profitieren alle Schüler, aber vor allem Schüler mit Migrationshintergrund.

Lehrer müssen lernen didaktisch und pädagogisch besser auf Schüler mit Migrationshintergrund einzugehen.

Ein Schulsystem, in dem alle Schüler mit verschiedensten Bedürfnissen gemeinsam unterrichtet werden, lehnt die JUNGE UNION Schleswig-Holstein grundsätzlich ab. Es bedarf vielmehr einer sehr frühzeitigen Förderung dieser Kinder, um ihnen gute berufliche Perspektiven zu ermöglichen.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein ist der Meinung, dass das Beherrschen der deutschen Sprache die Basis für eine erfolgreiche Integration ist. Das Erlernen, Sprechen und Verstehen muss also bereits in den Kindertagesstätten beginnen und in Schule und Ausbildung fortgeführt werden.

Es hat sich herausgestellt, dass es bei der Integration von Migranten der zweiten und dritten Generation vor allem deshalb Probleme mit der deutschen Sprache gibt, weil sie die Sprache ihrer Eltern nicht beherrschen. Nur wer auch die Sprache der Eltern grammatikalisch beherrscht, kann auch andere Sprachen erlernen.

Der Grundstein für Integration wird schon im Kindergarten und in der KiTa gelegt. Parallel mit der Kindertagesbetreuung muss die Sprachförderung beginnen. Förderung im Kindergarten macht jedoch nur dann Sinn, wenn auch genug KiTa-Plätze zur Verfügung stehen und Kinder mit Migrationshintergrund die KiTa besuchen, was zurzeit noch viel zu häufig nicht der Fall ist. Deshalb fordern wir einen weiteren Ausbau der Betreuungsplätze. Über eine KiTa-Pflicht muss vor diesem Hintergrund verstärkt nachgedacht werden. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein befürwortet einen Ausbau der Sozialstaffeln, um möglichst allen sozial schwächeren Familien die Nutzung von KiTas zu ermöglichen.

Zudem wird eine Ausweitung des Bildungsauftrags von KiTas unterstützt. Notwendig ist dazu vor allem eine vertiefte pädagogische Ausbildung der Erzieher, um einen frühzeitigen Spracherwerb zu fördern. Kinder mit Migrationshintergrund dürfen nicht sozial und kulturell ausgegrenzt werden. Für eine erfolgreiche Integration der Kinder brauchen wir jedoch auch immer die Eltern.

Nach einer guten Schulbildung wird auch eine gute Berufsausbildung benötigt, um eine Integration in den Arbeitsmarkt sicher zu stellen. Zurzeit gelingt es jedoch einem Großteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht, einen Ausbildungsplatz zu erhalten oder eine weiterführende schulische Ausbildung abzuschließen.

Auch hoch motivierte Schüler mit gutem Schulabschluss werden wegen ihrer Herkunft benachteiligt. Um dies zu verhindern, spricht sich die JUNGE UNION Schleswig-Holstein daher für einen Ausbau der Netzwerke von Schulen und der Bundesagentur für Arbeit aus, um sich gezielter um Migranten mit guten Abschlüssen und hoher Motivation kümmern zu können, deren Stärken gegenüber den Unternehmen aufzuzeigen sowie sie in den Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Auch die Wirtschaft muss sich ihrer Verantwortung bewusst werden und die Einbindung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Vordergrund rücken. Eltern müssen hier stärker eingebunden, verständlich über das deutsche Ausbildungssystem informiert und für eine bestmögliche und zukunftssträchtige berufliche Ausbildung ihrer Kinder gewonnen werden. Gerade bei der beruflichen Zukunft von Töchtern aus Familien mit Migrationshintergrund müssen Eltern für die Zukunft ihrer Kinder gewonnen werden. Auch der öffentliche Dienst muss sich aktiv um Jugendliche mit Migrationshintergrund bemühen, die bisher als Beschäftigte stark unterrepräsentiert sind.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

- Die Akzeptanz für Sexualunterricht/Klassenfahrt/Schwimm- und Sportunterricht sollte durch Zusammenarbeit mit Organisationen erhöht werden. Möglicherweise können die Integrationsbeauftragten der Schulen mit Vorträgen bei muslimischen Gemeinden und Vereinen dafür werben. Es sollte eine transparente Darstellung erfolgen, was in der Schule geschieht.
- Es sollten Modellklassen eingerichtet werden, an denen muslimischer Religionsunterricht stattfinden kann (auf Deutsch). Besonders wichtig sind solche Schulen in Gebieten mit hoher Quote von Muslimen in der Bevölkerung. Modellschulen können auch Praktikumsschulen für Studenten der islamischen Theologie/Religionspädagogik sein.
- Wichtig ist die Akzeptanz bei muslimischen Eltern für deutschsprachigen muslimischen Religionsunterricht zu erhöhen. In vielen traditionellen muslimischen Familien herrschen noch eine Sprachbarriere und die Vorstellung vor, dass nur in eigener Sprache der Islam unterrichtet werden könne.

- Es müssen mehr junge Migranten für den Beruf des Lehrers oder des Erziehers begeistert werden.
- Bei der Lehrerausbildung muss vermehrt ein Augenmerk auf Deutsch als Fremdsprache gesetzt werden, um die Lehrer besser auf die Realitäten des Berufslebens vorzubereiten.
- Migranten müssen von der Bedeutsamkeit eines Besuches ihrer Kinder in der KiTa überzeugt werden. Die KiTa muss darauf ausgelegt sein, Kinder von Migranten frühzeitig an Hochdeutsch als Muttersprache zu gewöhnen.
- Ganztagschulen sollten vor allem in Stadtteilen mit vielen Schülern mit Migrationshintergrund ausgebaut werden.
- Die Teilnahme am Sport- und Sexualkundeunterricht sowie an Klassenfahrten sollte verpflichtend sein.
- Die Vernetzung zwischen Schule und Bundesagentur für Arbeit muss optimiert werden, um Chancengleichheit zu gewährleisten.
- Bei regelmäßigem Fernbleiben des Kindes vom Unterricht muss über Sanktionen gegen die Eltern nachgedacht werden. In Frage kommt die Kürzung von Sozialleistungen, wie z.B. dem Kindergeld.

Jugendkriminalität

In den vergangenen Jahren wiesen die Polizeilichen Kriminalstatistiken (PKS) für Schleswig-Holstein steigende Fallzahlen in der Jugendkriminalität auf. Auch wenn einige medienwirksame Fälle einen anderen Eindruck entstehen lassen, stellt dies kein spezielles integrationspolitisches als vielmehr ein sozialpolitisches Problem dar. Häufig liegen die Ursachen in geringen Bildungschancen und mangelnden Zukunftsaussichten der Jugendlichen, die allerdings bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund besonders häufig vorliegen.

Ein enger Zusammenhang besteht zwischen Jugendkriminalität und Alkoholeinfluss. So hat nach der PKS 2009 jeder vierte Jugendliche unter 21 Jahren seine Tat unter Alkoholeinfluss begangen. Bei den Rohheitsdelikten wie Raub, Körperverletzung, Nötigung oder Bedrohung ist der Anteil der Jugendlichen, die bei der Tatbegehung unter Alkoholeinfluss standen, mit 37% sogar noch höher.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher

- die vermehrte Ausbildung und Einstellung von qualifizierten Bürgern mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst. Diese Polizisten sollen nach Möglichkeit in Brennpunkten eingesetzt werden, da ihnen gegenüber jugendlichen Straftätern mit Migrationshintergrund ein besserer pädagogischer Zugang möglich ist und sie gleichzeitig eine Vorbildfunktion ausfüllen können.
- eine schnellere Aufklärung der Straftaten und eine schnellere Aburteilung der jugendlichen Straftäter, um eine bessere erzieherische Wirkung zu erzielen. Als Vorbild sollte das von der Berliner Richterin Kirsten Heisig entwickelte „Neuköllner Modell“ dienen. Bei diesem sogenannten vereinfachten Jugendstrafverfahren sollen die Gerichtsverhandlungen bei Delikten, für deren Ahndung maximal ein Arrest von vier Wochen in Betracht kommt, spätestens innerhalb von drei bis fünf Wochen nach der Tat stattfinden. Dafür ist eine besonders enge Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht erforderlich. Zudem sollen verstärkt Täter-Opfer-Gespräche und gemeinnützige Arbeit angeordnet werden, um den pädagogischen Effekt noch zu verstärken.
- keine pauschale Verschärfung der gesetzlichen Strafen. Eine Heraufsetzung der Höchststrafe im Jugendstrafrecht wird von der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein hingegen für besondere Ausnahmefälle unterstützt.
- die Aufnahme des Anteils der Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund in die PKS. Dies hilft, die öffentliche Debatte darüber zu versachlichen und bei Integrationsproblemen gezielter und wirksamer Hilfestellungen leisten zu können.
- die Einstellung der Zahlung von Kindergeld im Fall von inhaftierten jugendlichen Straftätern. Kindergeldleistungen stehen den Kindern bzw. Jugendlichen zu, wofür während eines Haftaufenthaltes weder Notwendigkeit noch Berechtigung bestehen.
- bei jugendlichen Straftätern ohne deutsche Staatsbürgerschaft auch die Ausweisung als letzte Konsequenz zu prüfen, sofern der Straftäter anhand der Anzahl seiner Straftaten sowie der Schwere gezeigt hat, dass er sich nicht integriert hat oder sich nicht integrieren will. Die Rückführung in sein Heimatland sollte in diesem Fall konsequent und zügig erfolgen. Auch die Gewährung des seit 1879 abgeschafften Kirchenasyls darf keine Anwendung mehr finden. Das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) muss zeitnah über gestellte Asylanträge

entscheiden. Die Option der Aussetzung der Abschiebung muss in Zukunft entfallen. Hier sollten klare Rechtsverhältnisse geschaffen werden. Der bislang angewandte Maßstab, eine Abschiebung erst bei einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren ohne Bewährung zu veranlassen, ist unzureichend. Hier fordert die JUNGE UNION Schleswig-Holstein eine Abschiebung ab einem Strafmaß von einem Jahr ohne Bewährung unter Berücksichtigung der oben genannten Voraussetzungen.

Einwanderungspolitik

Der demografische Wandel, eine immer älter werdende Bevölkerung, ist schon im vollen Gange und wird sich ab dem Jahr 2020 deutlich beschleunigen. Heute leben aktuell knapp 82 Millionen Menschen in Deutschland, werden es bis 2035 nur noch 78 Millionen sein. Bricht man die Zahlen weiter herunter, wird die Gruppe der Personen im erwerbsfähigen Alter bis 2035 um mehr als acht Millionen oder rund 17 Prozent sinken. Der Wirtschaft werden die Arbeitskräfte zunehmend fehlen. Deutschland steuert auf einen massiven Fachkräftemangel zu. Dies hätte erhebliche Wachstumseinbußen sowie eine noch schlechtere Beschäftigungsentwicklung zur Folge, weil vergleichbare Stellen nicht besetzt werden könnten.

Qualifizierte Zuwanderung muss dabei endlich als Chance begriffen werden, um im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen zu können. Erfolgreiche Integrationspolitik ist auch eine Investition in Menschen, die einen Gewinn für die deutsche Gesellschaft sind und zugleich das Ansehen und die Internationalität des Landes gesellschaftlich, wirtschaftlich und kulturell erhöhen können.

In Deutschland wird dennoch über kein anderes Thema mit so viel Ideologie, Emotionalität und irrationalen Argumenten debattiert und gestritten wie über das Politikfeld Zuwanderung und Ausländerfragen. Gerade in der aktuellen medialen Diskussion ist dieses Thema wieder neu in der Frage angefasst worden, ob dem Fachkräftemangel eher durch die verstärkte Qualifizierung der Bevölkerung oder durch eine gezielte Zuwanderung zu begegnen ist. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein lehnt diese „Entweder-oder-Diskussion“ entschieden ab. Auch wenn der Bedarf an Fachkräften vorrangig dazu genutzt werden sollte, die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu verringern, dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, dass viele Arbeitslose nicht qualifiziert genug sind und das Problem ohne Arbeitskräfte von außen nicht zu lösen ist.

Laut den aktuellsten Angaben des Statistischen Bundesamts sind heute 8,8 Prozent der deutschen Bevölkerung „Ausländer“. Von einer Gesamtbevölkerung von ca. 82 Mio. ausgehend sind dies etwa 7,3 Mio. Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Solche Statistiken haben allerdings kaum einen Aussagewert über den „Migrationssaldo“. Die Abwanderung von Ausländern seit Mitte der neunziger Jahre ist teils sogar höher als die offizielle Zuwanderung, in der gesamten EU beläuft sich die jährlich erfasste Zuwanderung auf ca. 1,3 Millionen Menschen. Daher kann von „Flüchtlingsfluten“ oder „unkontrollierter Masseneinwanderung“ nach Deutschland und Europa keine Rede sein. Bisher bewegten sich die meisten Migranten innerhalb des europäischen Kontinents oder sie verließen ihn.

Die deutsche Bürokratie schreckt potenzielle Einwanderer ab. Das berüchtigte deutsche Steuerrecht ist kaum einem Einwanderer zu vermitteln, ebenso das komplizierte Sozialversicherungsrecht. Zudem gibt es häufig Probleme mit der Anerkennung ausländischer Studien- und Berufsabschlüsse oder auch ausländischer Führerscheine und die Prüfungen müssen hier wiederholt werden. Kanada gilt als beliebtestes Einwanderungsland für Hochqualifizierte, die Gründe hierfür liegen auf der Hand:

Kanada hat ein Punktesystem eingeführt, das die potenziellen Einwanderer nach ihrer Qualifikation, Sprachkenntnissen und Berufserfahrung bewertet. Je besser die Einwanderer, desto schneller kommen sie ins Land.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert:

- Systematische, einheitliche Einwanderungsregeln über ein Punktesystem, um besonders Hochqualifizierte ins Land zu bekommen.
- Kostenlose verpflichtende Sprachkurse für alle Einwanderer
- Kulturkurse ermöglichen
- Schnellstmöglicher Nachzug der Familie 1. Grades von Hochqualifizierten ermöglichen
- Transparente Anerkennungsregeln von ausländischen Abschlüssen und Führerscheinen
- Optimale Stadtplanungen, um die Integration von Ausländern zu erleichtern, auch bestehende städteplanerische Fehlentwicklungen müsse behoben werden. Städtebauförderung muss ein besonderes Augenmerk auf die Beseitigung von Parallelgesellschaften legen.

- Entwicklung europäischer einheitlicher Einwanderungsstandards. Eine zeitgemäße Integrations- und Migrationspolitik kann nur auf europäischer Ebene erreicht werden.
- Eine Aufenthaltsgenehmigung sollte nur bei Nachweis eines Beschäftigungsverhältnisses erteilt werden

Für den Antrag:

Im Auftrag des Landesvorstands

Frederik Heinz, André Jagusch, Ole Plambeck, Max Schmachtenberg